

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Leipzig.
Adress-Komp. Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagskontor:
Gebr. Kerschold, Dresden.

Organpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ländern monatlich 7,25 M., Einzelnummer 20 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Erscheinenszeiten: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Erscheinenszeiten: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 Spalten lange Kondenszeile 1,80 M., Familienanzeigen 1,30 M., die 3 Spalten lange Zeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 126

Dresden, Freitag den 4. Juni 1920

31. Jahrg.

Die Sünden der Linksradikalen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hätte ihre Kraft gegen rechts stärker entfalten können, wenn uns die Linksradikalen nicht dauernd in den Rücken gefallen wären. Die **Kommunisten** haben mit ihrer **Putz- und Handgranatenpolitik** die Volksregierung gezwungen, die Reichswehr zu schaffen; sie haben mit ihrem Geschrei nach der **Räterediktatur** die Arbeiterschaft zerfleischt und ein Jahr Revolution sinnlos vergeudet. Sie haben im Januar 1919 mit ihrem Kampf gegen die Wahlen unsern Wahlkampf geschwächt. Heute bekennt sich ein Teil der Kommunisten zur Teilnahme am Parlamentarismus, ein anderer Teil sabotiert zur Freude aller Reaktionäre nach wie vor den Wahlkampf. Ohnmächtig und in vier Parteispalter gespalten stehen diese „Revolutionäre“ da — ein Bild des Jammers!

Als getreue **Schleppenträgerin** dieser dilettantischen, halbreifen, spartakistischen Jammerpolitik hat sich die **U. S. P.** erwiesen. Ein Jahr lang haben die **Unabhängigen** das Geschrei nach der **Räterediktatur** mitgemacht — heute endlich erkennen sie, daß eine Diktatur gegen die Mehrheit des Volkes unmöglich ist.

Ein Jahr lang haben die Unabhängigen bei der spartakistischen planlosen **Generalstreikerei** getreulich mitgeholfen — heute endlich sehen sie ein, daß diese sinnlose Drauflosstreikerei eine Schwächung des gesamten werktätigen Volkes bedeutet.

Ein Jahr lang haben sie die **Reichswehr** verfehmt, haben die sozialistische Arbeiterschaft vom Eintritt in die Reichswehr abgehalten — heute sehen sie ein, daß es notwendig ist, die Reichswehr aus demokratischen und sozialdemokratischen Männern zusammenzusetzen.

Ein Jahr lang haben sie gegen die **Einwohnerwehr** gehetzt, haben die sozialistische Arbeiterschaft vom Eintritt abgehalten — heute sehen sie ein, daß eine von sozialistischen und demokratischen Elementen gebildete Einwohnerwehr die beste Garantie gegen reaktionäre Anschläge gewesen wäre.

Ein Jahr haben die Unabhängigen gebraucht, um allmählig das **kapieren zu lernen, was wir ihnen seit langem unermüdet, aber vergeblich begreiflich zu machen versuchten.**

So kurzfristig, halblös, schwankend und demagogisch wie in der inneren Politik benahmen sich die Unabhängigen auch in der **äußeren Politik!** Als uns der Schandfriede von Versailles vorgelegt wurde, brüllten sie: „**Unterzeichnen! Unterzeichnen!**“ — und brachen damit unsern Kampfe gegen die Ententebrutalität das Rückgrat.

Als die Auslieferungsliste angekündigt wurde, brüllten die Unabhängigen: „**Ausliefern! Ausliefern!**“ — unbekümmert darum, daß es zu 90 Proz. **Söhne des Volkes** waren, zu deren Ferkeln sich das deutsche Volk machen sollte.

Die Verantwortungslosigkeit und Demagogie dieser Partei zeigt sich auch in diesem Wahlkampfe. **Unser Angebot**, mit den Unabhängigen gemeinsam eine Front gegen rechts zu bilden, lehnten sie ab und richteten heute ihre Stoßkraft vor allem gegen die Sozialdemokratische Partei. Auf eine Handvoll Unwahrheiten kommt es ihnen dabei nicht an. Sie werfen uns vor, daß wir (wozu wir uns stolz bekennen) in den schwersten Zeiten des deutschen Volkes die Mittel zur Verteidigung der Grenzen und der Unabhängigkeit des Landes bewilligten; sie unterschlagen dabei, daß sich auch in den Reihen der **U. S. P. Kreditbewilliger** befinden, daß die Führer der U. S. P. sich den ganzen Krieg hindurch theoretisch zur Verteidigung der Landesgrenzen bekannnten und daß heute in den Reihen der **U. S. P.** allherd Publikum marschiert, das vor der Revolution noch **stramm nationalistisch** gesinnt war.

Die kommunistischen Splitter sind die Parteien des unorganisierten, fanatischen Drauflosrennens in anarchistischer Richtung. Die **U. S. P.** ist die Partei der **Halbheit, Unklarheit, Demagogie und Verantwortungslosigkeit.**

Wäre die Sozialdemokratie nicht groß und stark — die Linksradikalen wären von der Reaktion längst über den Haufen gerannt worden, weshalb die **Deutschnationalen** sich auch mehrfach für die **Unabhängigen** und gegen die Sozialdemokratie erklärten.

Wer darum die Errungenschaften der Revolution schützen und ausbauen, wer die **Zukunft des Sozialismus** sichern will, der stärke die alte erprobte **Mehrheitssozialdemokratie** und stimme am 6. Juni für die Liste

Buck, Schmidt, Frau Luze!

Die Unabhängigen

Von Eduard Bernstein

Aus den Reihen der U. S. P. sind im Laufe der Zeit mehrere Führer und Köpfe von Bedeutung gestiegen und zur Sozialdemokratie übergetreten, weil die zunehmende Demagogie und politische Verwirrung der U. S. P. ins Unannehmliche wuchs. Einer der Ausgetretenen, Dr. Reichel, veröffentlichte jüngst im Vorwärts einen Artikel über die Gründe seiner Rückkehr zur Sozialdemokratie und betonte darin mit Recht, die U. S. P. sei eine vorübergehende Erscheinung. Und wenn die Unabhängige Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen einige Erfolge erringen sollte, dann müßte sie entweder positive Politik im Sinne der Sozialdemokratie treiben oder — sie müßte in Gemeinschaft mit den Kommunisten im Deutschen Reich das Chaos aufrichten. Deshalb kann nur offenebare Verbindung für die Unabhängigen stimmen.

Wir geben heute zu diesem Thema einem alten Vorläufer des Sozialismus das Wort: Eduard Bernstein. Auch er schied angewidert aus dieser Scheinrevolutionären, phantastischen Partei und andere bereits kalt gestellte tüchtige Köpfe, wie Kautsky und Ströbel, werden folgen.

Kommunisten und Unabhängige verhalten sich in ihrer Mehrheit zueinander leider ähnlich, wie die sogenannten deutschen Volksparteier zu den deutschen Volksparteiern. Angesichts der Leipziger Beschlüsse und späterer Kundgebungen der Unabhängigen ist man versucht, sie die **Rationalliberalen des neomodernen Kommunismus** zu nennen. Sie sind im Lager des kämpfenden Sozialismus von allem etwas und nichts ganz. Sie nennen sich noch Sozialdemokraten und haben doch das Element der sozialdemokratischen Politik, das diesen Namen rechtfertigt, grundtätig preisgegeben. Nur mit einem Fuß haben sie den Boden der Demokratie noch nicht verlassen, der andre pendelt im Vorhof der Moskauer Doktrin, ohne jedoch dort fest aufzutreten.

Sie haben der Politik, die von der deutschen Sozialdemokratie sogar unter den Gemmissen des kaiserlichen Regimes in den hinter uns liegenden Jahrzehnten mit wachsendem Erfolg geübt wurde, nun wo diese Gemnisse gefallen sind und die demokratischen Einrichtungen der Republik ihr ein köpferliches Wirken im großen Stil möglich machen, den Rücken gelehrt zugunsten einer Politik, die nicht Fleisch und nicht Fisch ist.

Sie haben der zweiten sozialistischen Internationale ohne kritischen Grund den Austritt verweigert und stehen nun vor den Toren der dritten Internationale, unentschieden, ob sie Einlaß begehren sollen oder nicht, und unklar, ob sie ihn begehrend erhalten würden. Denn gebieterisch donnert ihnen von drinnen die Stimme der leitenden Moskauer Lenin-Trotsky im voraus zu: „Sollt das! Erst reinigt euch von den Kautsky, Hilferding und ähnlichen Kefern, ehe man eure Zulassung in Erwägung ziehen wird!“ Und statt die Kammerung kurzerhand abzuweifen, haben sie sich erboten. Kom — Verachtung Moskau Aufklärungen zu geben, die eine Verständigung möglich machen sollen!

Nun haben sie freilich dabei einen ansehnlichen Zusatzen zu verzeichnen. Aber wenn sie einmal mit sich selbstkritisch zu Rate gehen, werden sie sich sagen müssen, daß sie diesen Zusatzen allen möglichen Beweggründen und Antrieben, nur nicht einer gründlich durchdachten und einheitlich durchgeführten Politik zu verdanken haben. Denn sie haben keine solche Politik! Sie haben als Partei für die Anwendung der Grundgedanken der sozialistischen Theorie auf die praktische Politik nur noch Schlagworte, die obendrein oft genug einander ins Gesicht schlagen.

Die Erläuterung der demokratischen Republik hat die politischen Gemnisse hinweggefegt, die einer positiv aufbauenden politischen Aktion der Partei der Arbeiterklasse bisher im Wege standen. Damit ist die Zeit gekommen, wo das Schlagwort hinter der systematisch betriebenen Reformarbeit zurückzutreten hat. Die Unabhängigen gehen den umgekehrten Weg.

Um sie in ihrer ganzen Unfruchtbarkeit zu erkennen, muß man sich die heutige Mehrheitssozialdemokratie hinstellen. Wäre die letztere nicht, hätte sie nicht das schwere Werk der Mitarbeit an der Fundierung der Republik und ihrer Sozialgesetzgebung auf sich genommen, so würde die bloße Demonstrationspolitik der Unabhängigen einfach nicht aufrechtzuerhalten sein. Sie unternimmt die Reformen, die die Mehrheitspartei erkämpfte, und lebt im übrigen von der Kritik am Tun und Lassen jener. Kritik, und zwar oft recht scharfe Kritik am Tun der Partei, ist in der Sozialdemokratie auch geübt worden, ehe sie geschehen war. Aber sie geschah in der Absicht zu helfen und war daher oft von großem Nutzen. Bei der Kritik der Unabhängigen überwiegt aber immer mehr die vom Praktikensgeist eingeleitete Absicht des Herunternehmens um jeden Preis.

Ohne die Aufrechterhaltung der im Krieg entstandenen Spaltung wären die Unabhängigen schwerlich zu jener vereinenden Haltung der demokratischen Republik gegenüber gekommen, die sie heute einnehmen und die ein Teil von ihnen bis zur direkten Feindseligkeit treibt. Steht sie doch im hellem Widerspruch zur sozialistischen Entwicklungstheorie und allen Erklärungen, die die Partei vordem über ihre Stellung dem Staate gegenüber abgeben hat. Wie dann, wenn die Verneiner der Republik von rechts und